

Asyl-Streit in der Union

Grundmann: EU-Regeln vollziehen

BREMERVÖRDE/BERLIN. Im Asyl-Streit zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Innenminister Horst Seehofer (CSU) hat sich auch der Stader CDU-Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann auf eine Anfrage der Bild-Zeitung zu



Wort gemeldet. „Nur drei Unions-Abgeordnete stellen sich hinter die Kanzlerin“, hatte die „Bild“ gestern getitelt. Das Blatt hatte alle 246 Abgeordneten der Fraktion gefragt: „Sind Sie dafür oder dagegen, Asylsuchende, die bereits in anderen EU-Ländern mit ihren Fingerabdrücken in der EURODAC-Datei registriert sind, an den deutschen Grenzen zurückzuweisen?“

Zu den 69 Abgeordneten, die auf die „Bild“-Anfrage antworteten, gehörte auch Grundmann. Auf Nachfrage der BZ begründete der Stader gestern, warum er für die Zurückweisung bereits registrierter Dublin-Fällen sei: „Sie entspricht dem geltenden Recht der EU und stellt keinen nationalen Alleingang dar. Es handelt sich dabei lediglich um Vollzug geltender EU-Regeln.“ Abseits rechtlicher Überlegungen stärke die Zurückweisung an der Grenze politisch den Druck in Richtung erhöhter Wirksamkeit des Schutzes der Außengrenzen. „Mit der Bekämpfung der Fluchtursachen ist dies ein wirksames Mittel und ein klares Signal der Konsequenz und Rechtsstaatlichkeit. Spätestens, wenn eine bessere Lösung auf dem EU-Gipfel Ende Juni scheitern sollte, muss Deutschland handeln. Nicht nur an den Grenzen müssen wir zurückweisen. Wir müssen vor allem schnellstmöglich all diejenigen abschieben, die kein Bleibe-recht in unserem Land haben. Auch die Abschiebeblockade vieler rot-grün regierter Länder muss durchbrochen werden“, sagte Grundmann. (cb)